

# Übersichten

Juli 2001

---



---

## Außenpolitik

---



---

### 1 Russland: Ein neuer „Ungleicher Vertrag“

Zwanzig Jahre nachdem der erste Freundschaftsvertrag zwischen China und der damaligen UdSSR aus dem Jahr 1950 ausgelaufen war, wurde am 16. Juli 2001 in Moskau ein neuer „Vertrag über gutnachbarliche Freundschaft und Zusammenarbeit“ mit den Unterschriften des russischen Präsidenten Putin und Jiang Zemins besiegelt. Der ursprüngliche Vertrag, der noch von Mao und Stalin unterzeichnet worden war, 1950 in Kraft trat und einem Beistandspakt gleichkam, war aufgrund ideologischer Streitigkeiten und Grenzkonflikte bereits früh obsolet geworden und bestand bis 1980 lediglich auf dem Papier weiter. Der neue Vertrag bleibt inhaltlich weit hinter dem ursprünglichen Vertragswerk zurück, stellt aber den bisherigen Höhepunkt der seit zehn Jahren betriebenen Annäherungspolitik beider Seiten dar und war vor einem Jahr von Jiang Zemin angeregt worden.

In Artikel 1 des Vertragswerks verpflichten sich die beiden Partner, ih-

re strategische Partnerschaft zu pflegen und auszubauen. Sie versichern sich gegenseitig der Unverletzbarkeit ihrer territorialen Integrität und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. In den weiteren Artikeln verzichten beide auf die Anwendung von Gewalt und auf die Drohung mit Gewalt gegenüber dem Partnerstaat und versichern ebenfalls, keine ökonomischen oder sonstigen Maßnahmen zu treffen, um Druck gesetzt auf den anderen auszuüben. Die Bemühungen Chinas um den Abbau der militärischen und insbesondere der nuklearen Bedrohung entlang seiner Grenzen durch die frühere Sowjetunion und das jetzige Russland finden ihren erfolgreichen Abschluss in dem Passus des Vertrages, in dem sich beide Seiten versichern, keinesfalls einen nuklearen Erstschatz gegeneinander zu führen und auch keine strategischen Nuklearraketen gegeneinander zu richten. Insbesondere die Volksrepublik China, mit ihrem im Vergleich zu Russland verschwindend kleinem nuklearen Arsenal von geschätzten zwanzig Raketen, gewinnt damit deutlich an Sicherheit. Insgesamt sind eine Reduzierung der militärischen Kräfte entlang den gemeinsamen Grenzen sowie weitere vertrauensbildende Maßnahmen auf militärischem Gebiet vorgesehen.

Als bedeutend wird im Gegenzug der im Vertrag fixierte Verzicht auf territoriale Ansprüche bewertet. Insbesondere auf chinesischer Seite hatte man sich bisher nie mit den Annexionen ursprünglichen chinesischen Territoriums noch zur Zeit des Zarenreichs im 19. Jahrhundert abfinden wollen. Bewaffnete Grenzstreitigkeiten im Nordosten Chinas hatten 1969 fast zum Krieg zwischen beiden Staaten geführt. Zwar wurden in den vergangenen zehn Jahren erhebliche Anstrengungen zur Festlegung des Verlaufs der gemeinsamen Grenze unternommen, aber bis heute fehlt eine Klärung an einigen neuralgischen Punkten im chinesischen Nordosten. Es ist daher als Zugeständnis Chinas zu werten, dass die derzeitige Demarkationslinie im östlichen Teil der Grenze, die auf einer Vereinbarung Chinas mit der damaligen UdSSR vom 16. Mai 1991 beruht, bis zu einer endgültigen einvernehmlichen Klärung laut Vertragswerk als Status quo anerkannt wird.

Im Zusammenhang mit der von Putin explizit gewünschten Westorientierung Russlands und den verbalen Avancen, die der russischen Regierung erst kürzlich seitens der NATO gemacht wurden, ist von Bedeutung, dass der russisch-chinesische Freundschaftsvertrag es beiden Vertragspartnern ausdrücklich verbietet, sich an einer Allianz oder einem Block mit anderen Staaten zu beteiligen, sofern davon Schaden für Souveränität, Sicherheit oder territoriale Integrität des anderen Partners zu erwarten ist. Auch Schritte, die einer Anbindung eines Partners in der genannten Form gleichkommen, sind beiden versagt. Die Nutzung des eigenen Territoriums durch einen Drittstaat zum Zwecke der Verletzung von Souveränität, Sicherheit oder territorialer Integrität des anderen Vertragspartners wird ebenfalls ausgeschlossen. Ein ausdrückliches Verbot erlegen sich die beiden Staaten auch für den Abschluss eines ähnlichen Vertragswerkes mit anderen Staaten auf. Auch verpflichten sich beide Länder dazu, auf ihrem eigenen Territorium keine Organisation oder Gruppe zuzulassen, von der Gefahren für Souveränität, Sicherheit oder territoriale Integrität des anderen Partners ausgehen. Insbesondere China war bemüht zu erklären, dass es sich bei dem Vertrag keinesfalls um einen militärischen Beistandspakt handle und das Vertragswerk sich ausdrücklich nicht gegen Dritte richte. Dennoch heißt es in Artikel 9, beide Vertragspartner hätten im Falle der Furcht eines Vertragspartners vor einer Aggression unverzüglich Kontakt zueinander aufzunehmen und Konsultationen mit dem Ziel durchzuführen, diese Gefahren auszuräumen.

In weiteren konkreten Bestimmungen wird eine militärisch-technologische Zusammenarbeit vereinbart, die sich auf absehbare Zeit in erster Linie in Waffenlieferungen an China manifestieren wird. Die Kooperation auf den Gebieten Strafverfolgung, Umweltschutz im Grenzgebiet, Bekämpfung der illegalen Migration und Schleusung in und durch die Vertragsstaaten soll weitergeführt und vertieft werden. Auf wirtschaftlichem Gebiet wollen sich beide Seiten verstärkt der Zusammenarbeit auf dem Energiesektor zuwenden, die Nutzung der biologischen und hydrologischen Ressourcen

cen im Grenzgebiet und im Nordpazifik soll in gerechter Weise vollzogen und koordiniert werden. Als erster konkreter Schritt im Energiebereich wurde noch während Jiang Zemin's Besuch in Moskau anlässlich der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrags auch eine Vereinbarung über den Bau einer 1.700 km langen Ölpipeline nach China unterzeichnet, durch die vom Jahr 2005 an jährlich mindestens 20 Mio. metrische Tonnen russisches Rohöl in die Volksrepublik fließen sollen. Die staatlich kontrollierte russische Gazprom ist darüber hinaus für die Errichtung einer Erdgaspipeline quer durch China im Gespräch.

Insgesamt sind sich internationale Beobachter darin einig, dass die Einzelbestimmungen des Vertrages nicht über die bisherigen Inhalte der bis dato bereits bestehenden strategischen Partnerschaft zwischen Russland und China hinausgehen. Allerdings stellt sich damit die Frage, welchem Zweck das Vertragswerk dann dienen soll. Profiteur scheint auf der Ebene der symbolischen Politik und auch darüber hinaus im Wesentlichen die VR China zu sein. Sie ist es, die sich der politischen Zuverlässigkeit Russlands in der internationalen Politik versichert. Zwar lehnen beide Länder gleichermaßen die amerikanischen Pläne für das Raketenabwehrsystem NMD ab. Es gilt jedoch als gesichert, dass Russland mit seinem großen Arsenal an Interkontinentalraketen ein solches System jederzeit überwinden könnte. Anders verhält es sich mit China, dessen bestehende minimale nukleare Abschreckung damit selbst ihrer symbolischen Wirkung beraubt würde. Über den Freundschaftsvertrag könnte es China damit gelingen, ein Ausscheren Russlands aus der Ablehnungsfront gegen NMD und einen Kompromiss mit den USA wirksam zu verhindern. Damit nutzt Beijing heute offensichtlich dieselbe Einbindungspolitik gegen die USA, die diese ihrerseits seit den siebziger Jahren mit Beijing gegen die damalige Sowjetunion betrieb.

Für Russland hingegen könnte die enge Anbindung an China zu einem gefährlichen Spiel werden. Verhindert dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt das Absinken der einstigen Weltmacht in die politische Bedeutungslosigkeit und vergrößert das Verhandlungsge-

wicht Moskaus zunächst international, könnte sich die langfristige Stärkung Chinas und auch dessen Ausrüstung mit modernen russischen Waffensystemen in der Zukunft gegen Russland selbst richten. Die *International Herald Tribune* spricht in diesem Zusammenhang daher in Anlehnung der im 19. Jahrhundert dem chinesischen Kaiserreich oktroyierten Verträge mit westlichen imperialistischen Mächten von einem „Ungleichen Vertrag“ und bezeichnet den russischen Präsidenten als „reluctant bride at this shotgun wedding“. Die Gefahr, die diesem Vertragswerk mit einer Stärkung Chinas zu Lasten Russlands innewohnt, wird in Moskau durchaus erkannt. Zumindest was Waffenlieferungen betrifft, so wurde bislang auch Indien als großer asiatischer Rivale Chinas von Russland ausgiebig damit bedacht, um hier ein gewisses Gleichgewicht herzustellen. Aber auch hier scheint China präventiv und integrativ aktiv werden zu wollen. Wurde von chinesischer Seite ein strategisches Dreieck, wie es ursprünglich von dem damaligen russischen Premier Primakow vorgeschlagen worden war, immer abgelehnt, waren just zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung in Moskau neue Töne aus dem chinesischen Außenministerium in dieser Sache zu hören. Man hoffe, die strategische Zusammenarbeit mit Russland und Indien weiter zu stärken, hieß es seitens der Außenministeriumssprecherin Zhang Qiyue. In einem ersten Schritt sollen Fachleute der drei Staaten im September über Möglichkeiten einer verbesserten Kooperation und für die Formulierung eines gemeinsamen Standpunkts in der internationalen Politik diskutieren – in Moskau. (IHT, 16., 17., 19.7.01; PTI, 15.7.01, nach BBC PF, 16.7.01; Xinhua, 15.7.01, nach BBC PF, 17.7.01; Xinhua, 16.7.01, nach BBC PF, 17.7.01; WSJ, 16., 17.7.01; NZZ, 17.7.01; *The Economist*, 21.7.01; FT, 12.7.01; FAZ, 16., 17.7.01) -kg-

## 2 Reisediplomatie und vorsichtige Annäherung zwischen USA und China

Der ehemalige US-Außenminister Kissinger brachte es Anfang Juli auf eine einfache Formel: China im Voraus als Hauptfeind auszuwählen und damit in die Position zu drängen,

die einst die Sowjetunion inne hatte, werde den paradoxen Effekt haben, die USA in Asien zu isolieren. Dieses Erkenntnis muss sich Anfang Juli auch in der derzeitigen US-Regierung durchgesetzt haben. Auf Rat von hochrangigen Beratern mit der US-Sicherheitsberaterin Condolezza Rice an der Spitze wollte die Regierung Bush offensichtlich den abgeschlossenen Rücktransport des am 1. April im Anschluss an eine Luftkollision auf Hainan notgelandeten Spionageflugzeugs (vgl. Übersicht 3 in diesem Heft) zum Anlass für einen Neubeginn in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen nehmen. Nach den von Orientierungslosigkeit und außenpolitischem Gepolter geprägten Anfangsmonaten der Amtszeit des außenpolitisch unerfahrenen Präsidenten Bush setzte sich im Weißen Haus nunmehr die Einsicht durch, dass die USA aufgrund der höchst asymmetrischen Machtbalance in der Welt in der Lage seien, das Verhältnis zu China aktiv zu gestalten, während der Volksrepublik primär die Rolle des Reagierenden zufiele.

Bush machte einen symbolischen ersten Schritt, indem er die Initiative ergriff und am 5. Juli ein erstes zwanzigminütiges Telefongespräch mit dem chinesischen Präsidenten Jiang Zemin führte. Nach chinesischen Agenturmeldungen versicherte Bush Jiang, dass die chinesisch-amerikanischen Beziehungen von allergrößter Wichtigkeit für die USA seien und er daher einen Dialog wünsche. China sei ein großes Land, und er respektiere China, seine Geschichte und seine Zukunft. Er sei sicher, die USA und China könnten in vielen Fragen der internationalen Politik kooperieren. Er kündigte ebenfalls an, er werde zum APEC-Treffen im Oktober nach China reisen. In letzterer Frage dürfte es für Bush allerdings auch keine wirkliche Alternative zu diesem Besuch in Shanghai geben. Ein Verzicht auf einen anschließenden offiziellen Besuch in Beijing und Gespräche mit der chinesischen Führung würde einen zu großen Affront bedeuten. Von Jiang Zemin wird berichtet, er habe die Verbesserung der bilateralen Beziehungen in der Folge einiger positiver Schritte von beiden Seiten während der letzten Wochen gewürdigt. Weiterhin habe er durchaus zur

Kenntnis genommen, dass er, Bush, verschiedene Gelegenheiten dazu genutzt habe zu erklären, die USA seien bereit konstruktive Beziehungen zu China aufzubauen.

Im Verlaufe des gesamten Monats Juli wurden von beiden Seiten diverse Aktivitäten entfaltet, die dazu geeignet scheinen, das Verhältnis zwischen beiden Ländern wieder zu normalisieren. Weitgehend unbemerkt von der Weltöffentlichkeit fanden seit Anfang des Monats eine Reihe von hochrangigen Besuchen statt. Auf amerikanischer Seite war es Richard Haas, der Leiter des strategischen Planungsstabs des US-Außenministeriums und Vertrauter von Außenminister Powell, der mit einem nicht vorab angekündigten Arbeitsbesuch in Beijing den Anfang machte. Die Inhalte der Gespräche seien vielfältig gewesen; Drogenbekämpfung, Taiwan, die Proliferation von Waffen und Krisenmanagement haben dazu gezählt. Auf chinesischer Seite war es zunächst der Hongkonger *Chief Executive* Tung Chee-Hwa, der – ebenfalls Anfang Juli – die USA besuchte und – obwohl offiziell keineswegs in die Außenpolitik der VR China eingebunden – seinen Teil dazu beitrug, die Wogen zwischen Beijing und Washington zu glätten (vgl. Übersicht zu Hongkong in diesem Heft). Später im Monat erwiderte Zhou Wenzhong, Assistent des chinesischen Außenministers Tang Jiaxuan, den Besuch Richard Haas' durch eine eigene Reise nach Washington. Diese Reisediplomatie diene der Vorbereitung des Zusammentreffens von Tang Jiaxuan mit seinem amerikanischen Amtskollegen Powell im Rahmen des ARF- und ASEAN-Treffens am 25. Juli in Hanoi und dem darauf folgenden Besuch Powells in China.

Diverse öffentliche Verlautbarungen aus den USA und aus China machten deutlich, das beide Seiten mit dem Zusammentreffen Powells und Tangs die Wiederaufnahme des Dialogs planten. Condolezza Rice betonte Mitte Juli, es sei eines der Leitprinzipien Bushs, die Rahmenbedingungen für fruchtbare Beziehungen zu China zu wahren; die sino-amerikanischen Beziehungen erlebten eine deutliche Verbesserung. Zwar bestünden in einigen Sicherheitsfragen durchaus noch Meinungsunterschiede, doch hätten beide Staaten auch gleichgelagerte Sicher-

heitsinteressen, in deren Rahmen man kooperieren könne. Insbesondere Colin Powell fiel jedoch bereits im Vorfeld seines Treffens mit Tang Jiaxuan die Rolle zu, bei China für gut Wetter zu werben. Nach den Gesprächen mit Tang in Hanoi und in Beijing Ende des Monats war er es auch, der China erstmals als „Freund“ in der Region charakterisierte. Er habe entschieden, von der Volksrepublik China nicht mehr als „strategischem Konkurrenten“ zu sprechen, eine Bezeichnung, die von der Regierung Bush sehr zum Verdruss Beijings in der Anfangsphase ihrer Amtsführung eine im Vergleich zu dem eher kooperativen Ansatz der Vorgängerregierung Clintons veränderte und konfrontativere Haltung gegenüber Beijing charakterisiert hatte. Powell formulierte als Ergebnis seiner Gespräche mit der gesamten Beijinger Führung die Erkenntnis, China teile die Meinung, die USA haben eine Rolle in der Region, und China werde nicht versuchen, die USA aus der Region zu vertreiben.

Seitens des chinesischen Außenministers Tang Jiaxuan hieß es in einer Stellungnahme lediglich, man habe über zwei Themenbereiche gesprochen, denen Amerika große Bedeutung beimesse. Es habe sich dabei um die Verhinderung nuklearer Proliferation und „einige individuelle Fälle“ gehandelt. Im Zusammenhang mit der Verbreitung von Kernwaffentechnologie bestehen zwischen den USA deutliche Differenzen darüber fort, wie eine diesbezügliche im November 2000 zwischen beiden geschlossene Vereinbarung zu interpretieren sei, in der sich China dazu verpflichtet hatte, den Export von Raketentechnologie in Länder mit geheimen Nuklearprogrammen einzustellen. Bei den „individuellen Fällen“ handelte es sich ganz offensichtlich um eine Reihe von Wissenschaftlern und anderen Personen chinesischer Abstammung mit US-Staatsbürgerschaft oder permanentem Aufenthaltsrecht in den Vereinigten Staaten, die in den vergangenen Monaten wegen des Vorwurfs der Spionage in China festgenommen worden waren. Drei von ihnen hatten chinesische Gerichte bereits im Vorfeld des Besuchs Powells zwar für schuldig befunden, anschließend wurde jedoch auf eine Verbüßung der Strafen verzichtet, und man ver-

wies sie des Landes – offensichtlich gedacht als Geste guten Willens.

Insgesamt war der Monat Juli trotz weiterer Irritationen im Zusammenhang mit der Bewältigung des Flugzeugzwischenfalls vom 1. April (vgl. Übersicht 3 in diesem Heft) von diversen Zeichen gegenseitigen Entgegenkommens gekennzeichnet. Zunächst entschieden sich die USA zu Stillschweigen über die Menschenrechtssituation in China im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Vergabe der Olympischen Spiele 2008, die sich Beijing nun im zweiten Anlauf sichern konnte (vgl. Übersicht 8 in diesem Heft). Des Weiteren gaben die USA irakische Gelder im Umfang von 80 Mio. Dollar frei, die zur Bezahlung chinesischer Telekommunikationslieferungen an den Irak bestimmt waren. Die USA hatten die Meinung vertreten, diese Ausrüstungen seien militärischer Natur. Im Gegenzug stimmte Beijing mit großzügigem Gestus den Vorschlägen Colin Powells für intelligente Sanktionen im UN-Sicherheitsrat zu – wohl wissend, dass Russland plante, die durch sein Veto zu Fall zu bringen. Von chinesischer Seite begrüßt wurde auch die mit großer Mehrheit erfolgte Ablehnung eines Antrags auf Aufhebung der normalen Handelsbeziehungen mit China im US-Repräsentantenhaus. China behält also weiterhin bis zum WTO-Beitritt den NTR-Status.

Das einzige konkrete Zugeständnis, das von chinesischer Seite gemacht wurde, ist die neuerliche Erlaubnis eines Besuchs Hongkongs durch amerikanische Flottenverbände. Selbst bei der Ankündigung einer Wiederaufnahme des Menschenrechtsdialogs mit Washington, der nach der Zerstörung der chinesischen Botschaft in Belgrad vor mehr als zwei Jahren abgebrochen worden war, ist bislang nicht mehr als eine prinzipielle Absichtserklärung. Dennoch kann der Besuch Colin Powells Ende Juli in Beijing vorsichtig als Zeichen für eine Trendwende hin zu einer konstruktiveren Gestaltung der bilateralen Beziehungen gewertet werden. Die Gespräche seien für den Austausch in einer langen Reihe von Fragen im beiderseitigen Interesse genutzt worden. Konkret erzielte man Übereinstimmung darüber, das 14. Treffen der Gemeinsamen Amerikanisch-chinesischen Wirtschaftskom-

mission (Joint Economic Committee, JEC) im September abzuhalten und einen geeigneten Zeitpunkt ebenfalls noch in diesem Jahr für ein Treffen der Gemeinsamen Kommission für Handel (Joint Commission on Commerce and Trade, JCCT) festzulegen. Absichtserklärungen prinzipieller Art beinhalten

- ein Sondertreffen zur Förderung der Konsultationsmechanismen zur militärischen Sicherheit auf See einberufen zu wollen,
- den suspendierten bilateralen Dialog über Menschenrechte wieder aufnehmen zu wollen und diesbezügliche Einzelheiten über diplomatische Kanäle zu diskutieren,
- Expertenkonsultationen zur Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen durchführen zu wollen und Details ebenfalls auf diplomatischem Wege zu klären.

Stellungnahmen aus Washington attestierten der chinesischen Seite durchaus ernsthafte Bemühungen in diesen Fragen. Man habe den Eindruck gewonnen, Beijing sei nun zu ernsthaften Gesprächen über die genannten Themen und auch über die amerikanischen NMD-Pläne bereit. Auch aus Forschungsinstituten in China kam die Einschätzung, die chinesische Führung vertrete die Ansicht, „eine politische Konfrontation mit den Vereinigten Staaten würde zu einer Störung des weiteren internationalen Umfeldes führen, welches die Grundlage für die wirtschaftliche Modernisierung des Landes bilde“. China-Experten in den USA vertraten die Ansicht, das Umschwenken und Einlenken auf der chinesischen Seite sei innenpolitischen Zwängen geschuldet. Die chinesische Regierung sei vollauf mit Fragen beschäftigt wie dem bevorstehenden Generationswechsel in der politischen Führung, den wirtschaftlichen Verwerfungen, die im Zusammenhang mit dem WTO-Beitritt Chinas noch zu erwarten seien, der wachsenden sozialen Unruhe unter arbeitslosen Arbeitern und erfolglosen Bauern sowie dem Streben nach einer eindrucksvollen Vorstellung im Zusammenhang mit der Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahr 2008. Außenpolitische Konfrontationen seien demnach das Letzte, was man sich

aus Beijinger Sicht wünschen könnte. (IHT, 7., 10., 30., 31.7.01; XNA, 6., 7., 15., 16., 21., 27., 29.7.01; Xinhua, 13.7.01, nach BBC PF, 14.7.01; Xinhua, 28.7.01, nach BBC PF, 29.7.01; NZZ, 30.7.01; WSJ, 26., 28., 30.7.01; SCMP, 6., 26., 31.7.01; ZTS, 27.7.01, nach BBC PF, 28.7.01) -kg-

### 3 Der EP-3 Zwischenfall ist – fast – vergessen

Am 3. Juli war es so weit. Das zwölfköpfige Team des amerikanischen Flugzeugherstellers Lockheed Martin hatte seine Zerlegungs- und Verpackungsarbeiten an der auf der südchinesischen Insel Hainan im Anschluss an eine Luftkollision am 1. April des Jahres notgelandete Spionagemaschine des Typs EP-3 beendet. Über Manila wurden die letzten Teile des Flugzeugs nach Hawaii ausgeflogen, um dort überprüfen zu können, welche militärischen Geheimnisse letztlich in den Besitz Chinas gelangt sein könnten.

Von amerikanischer Seite war von einer hervorragenden Kooperation mit den Chinesen die Rede, die neben dem Fehlen ursprünglich einkalkulierter technischer und Wetterprobleme in entscheidendem Maße dazu beigetragen habe, die eigentlich bis zum 25. Juli geplanten Arbeiten vorzeitig abschließen zu können. Da auch der amerikanische Außenminister die grundsätzliche Bereitschaft seines Landes erklärt hatte, im Zusammenhang mit dem Aufenthalt und der Rückführung der amerikanischen Militärmaschine in China entstandene Kosten zu übernehmen, schien der Fall EP-3 damit fast abgeschlossen.

Da auch die amerikanischen Überwachungsflüge bereits seit Mai wieder auf den ursprünglichen Routen stattfinden, schien alles wieder langsam ins Lot zu kommen. Die chinesische Regierung präsentierte der amerikanischen Botschaft in Beijing dann jedoch eine Rechnung in Höhe von etwa 1 Mio. US\$. Diese beinhaltete die Hotelkosten für die Mechanikercrew während der Zerteilung und Verschiffung des Wracks auf dem Luftwege aber auch Positionen wie die elf Tage währende Unterbringung und Verpflegung der 24-köpfigen Crew des Unfallflugzeugs, Kosten des Militärperso-

nals, das für die Bewachung der festgesetzten amerikanischen Crew abgestellt war, sowie Teilkosten für die Bergung des Flugzeugs.

Unter den amerikanischen Falken führte dies zu einem Aufschrei der Entrüstung, der in einen Beschluss des Repräsentantenhauses einmündete. Auf Initiative des Republikaners Tom DeLay wurde bei 424 gegen 6 Stimmen beschlossen, die Begleichung der chinesischen Forderungen abzulehnen und der amerikanischen Regierung auch jegliche Zahlung von Teilbeträgen zu versagen. Die von Beijing aufgemachte Rechnung wurde vielfach als „der Gipfel der Arroganz“ bezeichnet.

Die chinesische Regierung protestierte ihrerseits empört gegen die Blockade ihrer Forderungen aus dem amerikanischen Repräsentantenhaus. Ansonsten befindet man sich jedoch in Gesprächen mit offiziellen Vertretern der USA über die angemessenen Forderungen. Auch im Pentagon war man Ende Juli bemüht, in dieser Sache abzuwiegeln. Mit Blick auf die eigene Bevölkerung wie auch auf die chinesische Regierung betonte er, sein Haus prüfe die einzelnen Positionen, und die USA seien bereit, alle legitimen Forderungen zu erfüllen. Admiral Quigley betonte in diesem Zusammenhang, man wolle die lauten Töne vermeiden und werde der chinesischen Regierung eine adäquate Antwort zukommen lassen. Der Besänftigung der eigenen Wähler diene letztlich wohl auch die öffentliche Feststellung Colin Powells Ende Juli, der berichtete, die chinesische Luftwaffe habe ihre aggressiven Luftmanöver aufgegeben, und alle Zeichen deuteten auf ein Interesse Chinas an einer Verbesserung der Beziehungen mit den USA hin. Über die chinesische Geldforderung und ihre Behandlung seitens der USA ist es seither still geworden. (SCMP, 4., 5., 6., 11.7.01; NZZ, 9., 20.7.01; IHT, 9., 20., 31.7.01; XNA, 4., 21.7.01; WSJ, 4.7.01) -kg-

### 4 Die langen Schatten der japanischen Vergangenheit

Nach wie vor scheint die imperialistische Vergangenheit Japans bzw. deren Bewältigung seitens der japanischen Politik die Beziehungen zwischen China und Japan weitgehend

zu dominieren. In einer spektakulären Entscheidung sprach ein japanisches Gericht am 12. Juli 2001 erstmalig einem während des Zweiten Weltkriegs nach Japan verschleppten chinesischen Zwangsarbeiter eine Entschädigung zu.

Liu Lianren, der Kläger, war im September 1944 gemeinsam mit 800 seiner Landsleute von Qingdao aus nach Hokkaido deportiert worden, um dort als Zwangsarbeiter in Bergwerken eingesetzt zu werden. Noch vor Kriegsende war ihm im April 1945 die Flucht gelungen. Die folgenden 13 Jahre hielt er sich in den Bergen Hokkaidos versteckt. Bis er schließlich aufgefunden wurde, war er sich in der gesamten Zeit nicht bewusst, dass der Krieg bereits ein Ende gefunden hatte. Diese Umstände waren letztlich entscheidend in dem Verfahren vor dem Tokyo District Court, das Liu selbst 1996 eingeleitet hatte und das nach seinem Tod im September 2000 von seinem Sohn Liu Huanxin fortgeführt wurde.

Das Gericht, das den Erben Liu Lianrens in seinem Urteilsspruch eine Entschädigungszahlung von mehr als 161.000 US\$ zusprach, stützte seine Begründung denn auch nicht auf die Tatsache der vom damaligen japanischen Staat veranlassten Verschleppung und der Zwangsarbeit. Wäre es allein um diese Vorwürfe gegangen, hätte das Verfahren nach japanischem Recht eingestellt werden müssen, da die nachträglich gesetzlich geschaffene und mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs begonnene Verjährungsfrist von zwanzig Jahren bei Klageerhebung längst verstrichen war.

Allein die dreizehnjährige Flucht Lius bildete die Grundlage für den Richterspruch. So sah es der vorsitzende Richter als erwiesen an, dass die japanische Regierung die Schuld dafür trage, dass Liu gezwungen war, „ein menschenunwürdiges Leben über eine lange Zeit“ zu fristen. Im Falle Lius sei die damalige japanische Regierung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen, ausländische Zwangsarbeiter dabei zu unterstützen in ihre Heimat zurückzukehren. Diese Pflicht hätte die japanische Regierung zur Zeit der amerikanischen Besatzung aufgrund einer amerikanischen Anordnung gehabt. Im konkreten Fall ha-

be es das zuständige japanische Ministerium für Gesundheit und Wohlfahrt nicht nur versäumt, Liu Schutz und Unterstützung angedeihen zu lassen, vielmehr habe es auch keinerlei Anstrengungen unternommen Liu zu entschädigen.

Nach dem Richterspruch waren es diese Umstände des Falls, die den Ausschlag für die Beurteilung gaben, nicht jedoch allein die Tatsache, dass Liu zu Zwangsarbeit gezwungen worden war. Aufgrund der besonderen Umstände ist demnach auch kaum damit zu rechnen, dass weitere noch anhängige Verfahren von chinesischen Zwangsarbeitern für die Kläger ähnlich positiv ausgehen werden. Liu war der Einzige der insgesamt auf bis zu 40.000 geschätzten von 1943 bis 1945 nach Japan zwangsdeportierten Chinesen, der so lange auf der Flucht war und nicht repatriert wurde. Trotz des Einzelfallcharakters legte die japanische Regierung am 24.7.2001 Rechtsmittel gegen die Entschädigungsentscheidung ein, obwohl von verschiedenen Seiten auch in Japan an sie appelliert worden war, das Urteil hinzunehmen.

Auch der Schulbuchstreit zwischen China und anderen asiatischen Opfern der japanischen Aggression auf der einen und der japanischen Regierung auf der anderen Seite entwickelt sich zur unendlichen Geschichte. Die japanische Regierung hatte China durch diplomatische Kanäle darüber informiert, dass die umstrittenen und aus chinesischer Sicht die japanischen Kriegsgreuel herunterspielenden oder völlig verleugnenden Passagen neuer japanischer Schulbücher, nicht weiter überarbeitet würden. Die japanische Regierung betonte, die in den Schulbüchern vertretene Meinung sei nicht die ihre und sei auch nicht repräsentativ für die Einstellung der Mehrheit der japanischen Bevölkerung. Vielmehr fühle man sich sehr wohl verantwortlich für die Schäden, die das chinesische Volk durch die japanische Aggression erlitten habe, und habe Bedauern und Reue darüber bereits ausgedrückt. Man gehe unverändert konform mit den Ausführungen des damaligen Premierministers Tomiichi Murayama aus dem Jahr 1995 und plane keineswegs, die Grundlage der gemeinsamen Erklärung mit China aus dem Jahr 1998 zu verlassen.

Von chinesischer Seite wurde diese Erklärung zur Kenntnis genommen, konnte offensichtlich jedoch kaum überzeugen. Zhang Qiyue, Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, erklärte vor der Presse, die chinesische Regierung habe bereits in aller Form gegen die Entscheidung der japanischen Regierung in der Schulbuchfrage protestiert. Es handle sich um ein Entgegenkommen gegenüber rechten politischen Kräften in Japan, womit die japanische Regierung gleichzeitig von den zuvor eingegangenen Verpflichtungen abweiche.

Als Verbeugung vor rechten und revisionistischen politischen Kräften in Japan werden in China auch die Pläne des japanischen Ministerpräsidenten Koizumi bewertet, am 15. August, dem offiziellen Datum des Kriegsendes in Japan, den Yasukuni Schrein zu besuchen. Dieses Heiligtum gilt vielen Kritikern auch in Japan selbst als Symbol eines extremistischen japanischen Nationalismus. Hier wird den etwa 2,5 Mio. Japanern gedacht, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ihr Leben in Kriegen mit japanischer Beteiligung ließen. Seit 1978 wurden jedoch auch die Ahnentafeln von sieben Kriegsverbrechern des Zweiten Weltkriegs aufgenommen, die für ihre Verbrechen verurteilt und gehängt worden waren.

Im Anschluss an ein 50-minütiges Gespräch mit seiner japanischen Amtskollegin Tanaka am Rande der ASEAN-Konferenz in Hanoi erklärte der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan am 24. Juli vor der Presse in harschem Tonfall, er habe Tanaka gesagt, „der Besuch müsse abgesagt werden“. Tangs harte Worte, die er in japanischer Sprache in Beantwortung von Fragen japanischer Journalisten fand, klangen in japanischen Ohren sehr nach dem Befehlston, den man gegenüber ungehorsamen Kindern anspricht. In den japanischen Medien fand dieser Vorfall denn auch ein breites Echo und wurde in der Weise interpretiert, dass „China versuche Japan herumzustoßen“.

Koizumi selbst, der sich seit seinem Amtsantritt in Japan größter Beliebtheit erfreut, reagierte auf die neuerliche Kritik an seinem umstrittenen Vorhaben mit den Worten, er werde „den Schrein besuchen, um den Seelen

derer Trost zu bringen, die im Krieg starben, und aus dem Gefühl heraus, dass wir den Krieg nie wiederholen sollten“. Es handle sich dabei um eine völlig normale Handlung für einen Bürger und Premierminister Japans.

Tatsächlich besuchte Koizumi den Yasukuni-Schrein ohne vorherige Ankündigung vorzeitig am 13. August. Offenbar als Zugeständnis an die Kritiker innerhalb und außerhalb Japans führte er kein vollständiges Shinto-Ritual durch. Dennoch zog der Besuch einen Sturm der Entrüstung in Asien nach sich. (Kyodo News Service, 24.7.01, nach BBC PF, 25.7.01; Kyodo News Service, 25.7.01, nach BBC PF, 26.7.01; IHT, 26.7.01; XNA, 10., 11., 21., 24.7.01; SCMP, 13.7.01) -kg-

## 5 Die Schattenseiten der ewigen Freundschaft zu Nordkorea

Das Phänomen existiert seit mindestens zehn Jahren und wird ebenso lange weltweit höchstens sporadisch zur Kenntnis genommen. Auf bis zu 300.000 Menschen wird die Zahl der Nordkoreaner geschätzt, die ihrem Land den Rücken gekehrt haben und sich zum Teil über Jahre illegal im Nordosten Chinas aufhalten.

Ins Rampenlicht rückten diese Flüchtlinge oder – wie China sie definiert – Wirtschaftsmigranten erst wieder Ende Juni, Anfang Juli dieses Jahres, als es einer siebenköpfigen Familie am 26.6.01 nach zweijährigem illegalen Aufenthalt in China gelungen war, trotz chinesischer Bewachung des Gebäudes, in das Beijinger Büro des UNHCR vorzudringen und die Ausreise nach Südkorea zu verlangen. Nach dreitägigem diplomatischen Gezerre unter Beteiligung Südkoreas und dem Druck anderer westlicher Staaten, gestattete die chinesische Regierung schließlich erstmals die Weiterreise nach Südkorea. Der damit geschaffene Präzedenzfall wird in Kommentaren der internationalen Beobachter – wie so vieles – dem Bemühen Beijings um ein möglichst positives Erscheinungsbild im Vorfeld der Olympischen Spiele 2008 zugeschrieben (vgl. dazu Übersicht 8 in diesem Heft). Bereits in den folgenden Tagen wurde deutlich, dass es sich bei die-

ser Entscheidung keinesfalls um einen Richtungswechsel der chinesischen Politik handelte.

Seit Jahren wurde das Phänomen weitgehend ignoriert, die Grenzsicherung auf chinesischer Seite war offensichtlich eher vernachlässigt worden. Nordkoreanische Flüchtlinge wurden weitgehend geduldet, solange sie in den Familiennetzwerken der koreanischen Minderheit in Nordostchina aufgefangen wurden. Sporadisch kam es zu Abschiebungsaktionen. In keinem Fall wurde jedoch den Vertretern des UNHCR in China offiziell der Kontakt zu Nordkoreanern gewährt, obwohl diese nach Ansicht des Beijinger Büros in der Mehrheit durchaus die Kriterien erfüllen würden, die sie als politische Flüchtlinge qualifizierten.

Eben diese Tatsache und der damit verbundene Schutz vor Abschiebung in das Heimatland gemäß internationaler Verträge, die auch von der VR China unterzeichnet wurden, liegen nicht im politischen Interesse der chinesischen Regierung. Zum einen scheint sich Beijing in der Pflicht zu sehen, sich loyal zu seinem Verbündeten Nordkorea zu zeigen. Es dürfte nicht zuletzt aber auch die Furcht vor der Signalwirkung sein, die von einer Anerkennung des Flüchtlingsstatus für illegale Nordkoreaner in China ausgehen würde. Nach den Erfahrungen mit Flüchtlingsströmen im Zuge des Zusammenbruchs der DDR fürchtete man in China das sicherlich zu erwartende starke Anwachsen des Zustroms von Nordkoreanern und die destabilisierende Wirkung auf das nordkoreanische Regime. Einen Zusammenbruch des nordkoreanischen Staates gilt es jedoch aus chinesischer Sicht unbedingt zu verhindern, könnte dieser sich doch destabilisierend auf die gesamte Region auswirken und nicht zuletzt die bereits jetzt aus chinesischer Sicht unerfreuliche militärische Präsenz der USA auf der koreanischen Halbinsel und damit auch ihren Einfluss in der Region auf Kosten Chinas stärken. Die chinesische Regierung setzt daher auf wirtschaftliche Reformen im Nachbarstaat. In mehreren Informationsreisen hochrangiger nordkoreanischer Politiker wurde der Regierung in Pyonyang daher auch das chinesische Wirtschaftswunder vorgeführt, und Beijing übt hier sanften Druck aus, während nach au-

ßen hin der politische Schulterchluss praktiziert wird.

Auf die Flucht der nordkoreanischen Familie in das UNHCR-Büro reagierte man in Beijing daher auch in erster Linie mit der Forcierung einer bereits im Frühjahr angelaufenen Abschiebungskampagne. Berichten zufolge wurde nunmehr für jeden Hinweis, der zur Ergreifung eines illegalen nordkoreanischen Migranten führt, eine Belohnung in Höhe von 3.000 bis 5.000 Yuan ausgelobt. Gerüchteweise wurde bekannt, die Mittel hierfür stammten aus Nordkorea. Auf der anderen Seite soll jeder, der einem Nordkoreaner Unterschlupf bietet, nunmehr mit einer Geldstrafe belegt werden, während dies zuvor jahrelang stillschweigend toleriert wurde.

Ende Juli hieß es in China, der Zustrom von Migranten aus dem Nachbarland sei erheblich zurückgegangen. Auch der Anteil der Deportierten, die einen zweiten Grenzübertritt nach China wagten, sei nur noch verschwindend gering. Ob dies jedoch auf die Belohnungen, den erhöhten Verfolgungsdruck seitens der chinesischen Behörden sowie ein verschärftes Grenzregime auf nordkoreanischer Seite zurückzuführen, oder dem sehr hohen Wasserstand des Grenzflusses Tumen aufgrund heftiger Regenfälle geschuldet ist, bleibt offen.

Es wurde auch nicht bekannt, ob die illegale Zuwanderung nach China ein Thema der Gespräche zwischen hochrangigen Vertretern beider Regierungen und Parteien waren, die Mitte Juli sowohl in Beijing als auch in Pyonyang stattfanden. Anlässlich des 40. Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrags über Freundschaft, Kooperation und gegenseitige Hilfe zwischen der VR China und der Demokratischen Volksrepublik Korea, empfangen am 11.7.01 zunächst Li Peng in seiner Funktion als Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des NVK und Qian Qichen eine nordkoreanische Delegation, die von Kim Yun-hyok, dem Generalsekretär des Präsidiums der Obersten Volksversammlung Nordkoreas, geleitet wurde. Einen Tag später fand in Pyonyang ein Gespräch des chinesischen Politbüromitglieds Jiang Chunyun mit dem Großen Führer Kim Jong-il statt. Abgesehen von dem üblichen Austausch von Freundlichkeiten

unter sozialistischen Bruderländern und Lobpreisungen der vierzigjährigen verbrieften Freundschaft zwischen beiden Ländern, wurde über den Inhalt der Unterredungen nichts bekannt. (WSJ, 2.7.01; IHT, 4., 26.7.01; *Choson Ilbo*, 29.7.01, nach BBC PF, 30.7.01; NZZ, 12.7.01; Xinhua, 11.7.01, nach BBC PF, 13.7.01; Central Broadcasting Station Pyongyang, 12.7.01, nach BBC PF, 14.7.01) -kg-

## 6 ARF, ASEAN und China

Im Anschluss an das ASEAN Ministerial Meeting (AMM) trafen sich in Hanoi am 25. Juli die zehn ASEAN-Mitgliedsländer, die zehn ASEAN-Dialogpartner (China, Australien, Kanada, die EU, Indien, Japan, Neuseeland, Russland, Südkorea und die Vereinigten Staaten), Papua-Neuguinea (mit ASEAN-Beobachterstatus) sowie die Mongolische VR und Nordkorea zum 8. ASEAN Regional Forum (ARF). Das ARF ist das einzige multilaterale, ministerielle Konsultationsforum für Sicherheitsfragen im asiatisch-pazifischen Raum, wurde im Jahre 1994 gegründet, konnte sich bisher aber nicht wesentlich weiterentwickeln.

Kritiker des ARF sprechen verschiedentlich von einem „talk shop“ für Vertrauensbildung, in dem außer wohlklingenden Phrasen nichts Substantielles angeboten werde. Sie sahen sich dieses Jahr bestätigt durch die Obstruktion Nordkoreas, das nur durch einen „ambassador-at-large“ vertreten war und die Wiederaufnahme von Gesprächen mit Südkorea unter Berufung auf zu weit gehende amerikanische Vorbedingungen weiterhin verweigert. Zu den ungelösten Problemen der Region zählen weiterhin vor allem drei Themenfelder, in die die VR China unmittelbar involviert ist. Neben dem fortbestehenden Handelsstreit mit Japan sind es die tiefgreifenden Differenzen zwischen diesen beiden Ländern (und weiterer betroffener Staaten der Region) aufgrund der sehr umstrittenen Vergangenheitsbewältigung Japans (vgl. Übersicht 4 in diesem Heft). Hinzu kommen die nach wie vor ungelösten territorialen Konflikte im Südchinesischen Meer.

Abgesehen von diesen Dauerthemen beschäftigte sich das Forum ganz im

chinesischen Sinne mit dem National-Missile-Defence-Programm (NMD) der USA, mit Fragen des transnationalen Drogenhandels, internationaler illegaler Migration und mit dem Verkauf von Frauen für die Prostitution oder für Zwangsheiraten.

All diese Themen besitzen für die VR China wachsende Bedeutung, da ihnen ein erhebliches Destabilisierungspotenzial beigemessen wird. So betonte der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan, die primäre mittelfristige Aufgabe seines Landes sei es, sich auf die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft und Verbesserungen der Lebensqualität der chinesischen Bevölkerung zu konzentrieren. China benötige dafür nicht zuletzt ein stabiles und freundliches regionales Umfeld. Die Stabilität Chinas wiederum sowie chinesische Entwicklungserfolge seien der größte Beitrag, den sein Land für Frieden und Sicherheit in der Region leisten könne.

Einen nennenswerten, wenn auch in ihrer Bedeutung schwer einzuschätzenden Beitrag zu diesem von China gewünschten stabilen Umfeld bilden sowohl die beschlossene Aufwertung des ARF als auch die Akzentverschiebung hin zu einer „präventiven Diplomatie“. Die „präventive Diplomatie“ soll nunmehr über die bloße Vertrauensbildung hinausgehen und letztlich zu Formen klar definierter Konfliktbewältigung überleiten. Sie stellt somit die mittlere Stufe in einem dreistufigen Schema dar.

Im Anschluss an das ARF kam es am 26./27. Juli zu Gesprächen der ASEAN mit einzelnen Dialogpartnern. In dem 10+1-Treffen mit China schien sich der beiderseitige Annäherungskurs fortzusetzen. ASEAN-Generalsekretär Rudolfo Severino betonte später, dass China nicht einfach nur ein wirtschaftlicher Konkurrent der ASEAN-Länder sei, sondern dass der WTO-Beitritt Chinas der Staatengemeinschaft beim Warenexport und bei der Steigerung der Investitionen im asiatischen Ausland auch helfen könne. Er unterstrich, dass die ASEAN den WTO-Beitritt Chinas deshalb nachdrücklich unterstütze.

Der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan rief dazu auf, die multilaterale Kooperation insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, Human Re-

source Development, Informationstechnologie und Investitionen sowie bei der Entwicklung der Mekong-Region weiter auszubauen. Eine engere regionale Zusammenarbeit, so Tang, mindere insbesondere finanzpolitische Risiken. Dies sei von besonderer Bedeutung, da einige Länder der Region bis heute mit den Nachwirkungen der Finanzkrise von 1997 zu kämpfen hätten. Nicht zuletzt diese Krise sei es gewesen, die zur größeren Instabilität in diesen Ländern geführt habe und latente ethnische, religiöse und andere soziale Konflikte habe akut werden lassen.

Tang führte weiter aus, China könne sich eine Unterzeichnung des „Treaty of Amity and Cooperation“ (TAC) vorstellen und unterstütze die ASEAN insbesondere beim Aufbau einer „Southeast Asia Nuclear Weapon Free Zone“. Dieser Vertrag trat in der Region im Juni dieses Jahres in Kraft, nachdem er von den Philippinen als letztem ASEAN-Mitgliedsland ratifiziert worden war. Tang drückte seine Hoffnung aus, auch die Verhandlungen zwischen ASEAN und den fünf Nuklearmächten mögen schnell zu einem Ergebnis gelangen, damit auch China das Protokoll des diesbezüglichen Vertrages unterzeichnen könne. Nur einen Tag darauf erklärte Tang, China sei die erste Nuklearmacht, die in dieser Frage eine Übereinkunft mit der ASEAN erzielt habe.

Tang sprach sich auch dafür aus, der ASEAN auch weiterhin eine führende Rolle im ARF zu geben. Dieses Forum solle sich auch in Zukunft auf die Vertrauensbildung konzentrieren, und das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen ARF-Mitgliedsländer solle weiter Beachtung finden.

Im Hinblick auf ASEAN und die bilateralen Beziehungen zwischen China und den einzelnen Mitgliedstaaten ließen beide Konferenzen die Erfolge der diplomatischen Anstrengungen der chinesischen Regierung in der Region während der letzten zwei Jahre deutlich werden. China ist es offensichtlich gelungen, seine Verbindungen zu jedem Staat der Region erheblich zu stärken. Vorausgegangen waren vielfältige und auf das jeweilige Land abgestimmte diplomatische, wirtschaftliche und politische Initia-

tiven. Damit dürfte China durchaus ein Stück in seinem Bemühen vorangekommen sein, den politischen Einfluss der USA in der Region zu mindern. Verschiedene Beobachter aus der Region und aus den USA bestätigen, dass die ASEAN-Länder zunehmend ihre Beziehungen zu China zur Grundlage von Entscheidungen auf der internationalen Bühne machen. Insbesondere auf Seiten der USA wird die wachsende Rolle Chinas sehr ambivalent beurteilt. Als positive Begleiterscheinung sieht man hierbei jedoch durchaus das daraus erwachsende Potenzial einer allgemeinen Stabilisierung der Region.

Am Rande des offiziellen Programms boten ARF- und ASEAN-Treffen den USA und China eine willkommene Gelegenheit zu einer erneuten vorsichtigen Annäherung. US-Außenminister Powell und der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan nutzten die Gunst der Stunde für Gespräche im Vorfeld des ersten offiziellen Besuchs Powells in China. Beide Seiten waren sichtlich bemüht, die Krise der ersten Monate nach Amtsantritt Präsident Bushs als beendet zu erklären und die bilateralen Beziehungen auf einen konstruktiven Weg zurückzuführen (vgl. auch Übersicht 2 in diesem Heft). (WSJ, 25.7.01; IHT, 28.7.01; BBC PF, 25., 26., 27., 28.7.01; XNA, 26., 27., 28.7.01; SCMP, 25.7.01; Xinhua, 26.7.01, nach FBIS, 26.7.01; Chairman's Statement. The Eighth Meeting of the ASEAN Regional Forum, Hanoi, 25 July 2001, <http://www.aseansec.org/amm/hanoi/05.htm>, (1.8.01)) -kg-

## 7 Neues überzeugendes Modell für Taiwan?

In der ersten Julihälfte war es zunächst der taiwanische Präsident Chen Shuibian, der Beijing eine neue Gesprächsrunde anbot. Pikanterweise tat es dies in einem Artikel des Magazins *Jane's Defence Weekly*, in dem er in erster Linie argumentierte, Taiwan habe trotz der Waffenkäufe in den USA kein Interesse an einem Rüstungswettlauf in Asien. Chen vertrat die Meinung, das diesmal in Shanghai stattfindende jährliche APEC-Treffen im Oktober des Jahres böte eine hervorragende Gelegenheit, Jiang Zemin

zu treffen und die seit langem unterbrochenen Gespräche auf höchster Ebene wieder aufzunehmen. Neues hatte Chen aus Beijinger Sicht jedoch nicht zu bieten. Vielmehr beharrte der taiwanische Präsident darauf, Beijing solle die Frage der Souveränität ausblenden. Er wiederholte damit letztlich nur die bekannte taiwanische Position.

Vizepremier Qian Qichen oblag es, für die chinesische Regierung zu antworten. Er tat dies im Rahmen des Empfangs einer Delegation der New Party (*Xin Dang*) aus Taiwan, die als letztes Sammelbecken für strikte Verfechter des Wiedervereinigungsgedankens in Taiwan gilt, allerdings über die Grenzen Taibeis hinaus politisch praktisch bedeutungslos ist. Qian wiederholte zunächst die chinesische Forderung, die er in die Formel Eins-Zwei-Drei kleidete: Ein China, zweiseitige Verhandlungen (zwischen Taiwan und der VR China) und drei direkte Verbindungen (Handel, Post, Transport).

Schon interessanter waren seine Bemerkungen, dass Taiwan zwar wie Hongkong und Macau ein kapitalistisches System besitze, deshalb die Wiedervereinigung mit dem Festland nicht notwendigerweise auch demselben Modell folgen müsse. Qian konkretisierte seine Vorstellung von der Verwirklichung der Wiedervereinigung mit Taiwan nach dem Modell „Ein Land – Zwei Systeme“ durch die Benennung von „sieben konkreten Maßnahmen“:

- Taiwan werde seine Währung behalten.
- Taiwan werde seine Truppen behalten.
- Taiwan werde in Bezug auf Zoll und Steuern eine unabhängige Region bleiben.
- Taiwan werde seine grundlegende Regierungsstruktur beibehalten.
- Das Festland werde keinen Pfennig aus Taiwans Kassen entnehmen und auch Taiwans Kapital nicht nutzen.
- Taiwans Bevölkerung und Geschäftsleute werden ihren Besitz behalten.
- Taiwans Regierungsangestellte werden unabhängig von denen des Festlands sein, und keine Beamten des Festlands werden in Taiwan eingesetzt.

Die Reaktion aus Taiwan fiel erwartungsgemäß negativ aus. Nach Ansicht der regierenden Democratic Progressive Party (DPP, *Minjin Dang*) sei dieser neue Sieben-Punkte-Vorschlag Beijings in höchstem Maße naiv und realitätsfern und allein deshalb nicht akzeptabel. Solche schlechten Bedingungen könnten von der taiwanischen Bevölkerung unmöglich hingenommen werden. Das Beispiel Hongkong habe deutlich gezeigt, dass das Modell „Ein Land – Zwei Systeme“ eben nicht funktioniert, weil Beijing seine Zusicherungen nicht einlöse. Die taiwanische Bevölkerung müsse sich in ihrer skeptischen Grundhaltung gegenüber dem Festland vielmehr bestärkt sehen und werde keinem Wiedervereinigungsplan zustimmen können, solange Beijing nicht deutliche Verbesserungen der Menschenrechtslage in China herbeiführe und sich nicht zu demokratischen Regeln bekenne und diese anwende. (Central News Agency Taipei, 7.7.01, nach FBIS, 9.7.01; Central News Agency Taipei, 12.7.01, nach BBC PF, 14.7.01; Central News Agency Taipei, 14.7.01, nach BBC PF, 15.7.01) -kg-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 8 Beijing erhält Zuschlag für Olympische Spiele 2008 – erneutes Aufleben der Menschenrechtsdebatte

Wie allgemein erwartet, wurde Beijing am 13. Juli von der Vollversammlung des Internationalen Olympischen Komitees in Moskau zum Austragungsort der 29. Olympischen Spiele 2008 gewählt. Beijing setzte sich bereits im zweiten Wahlgang mit 56 Stimmen gegen die Mitbewerber Toronto (22 Stimmen), Paris (18), Istanbul (9) und Osaka (im ersten Wahlgang ausgeschieden) durch. Nach der Niederlage Beijings gegen Sydney im Jahr 1993 kommen die Sommerspiele nun im zweiten Anlauf zum dritten Mal nach Asien, nachdem Tokyo im Jahr 1964 und Seoul im Jahr 1988 Olympische Spiele ausgerichtet hatten. Das Ereignis wurde in China, insbesondere in der Hauptstadt Beijing, mit